

Behördliche Beratungsstelle gegen rechte Umtriebe

VON LENA LANGENSIEPEN

Bahnhofsvorstadt. Hakenkreuzschmiere-
reien im Stadtteil, rassistische Äußerungen
an Schulen, im Bekanntenkreis oder in der
Nachbarschaft: Rechtsextremismus hat
viele Gesichter. Das Projekt „pro aktiv ge-
gen rechts“ bietet eine mobile Beratungs-
stelle für Bürgerinnen und Bürger aus Bre-
men und Bremerhaven, die in ihrem Um-
feld auf Fälle von Rechtsextremismus oder
Fremdenfeindlichkeit stoßen

„Die Betroffenen, die zu uns kommen,
wollen zunächst einmal angehört und un-
terstützt werden,“ erklärt Christian Pfeil, ei-
ner der Berater des dreiköpfigen Projekt-
Teams. „Wir beraten bei akuten Proble-
men, informieren aber auch grundlegend
über das Thema Rechtsextremismus.“
Wenn ein Ratsuchender sich entschie-
de, die Beratung in Anspruch zu nehmen,
werde zunächst eine Einschätzung des
Falls vorgenommen. Ist das Vorgefallene
ein Fall von Rechtsextremismus, heißt es:

Was kann der Betroffene tun? Danach wür-
den gemeinsam eine Strategie entwickelt
und weitere Schritte eingeleitet.

Unterstützt wird die Arbeit des Projekts
dabei von einem landesweiten Beratungs-
netzwerk aus Experten unterschiedlicher
Behörden, aus der Sozialarbeit, Schulen,
der Justiz und der Polizei. Die enge Zusam-
menarbeit mit anderen Institutionen ermög-
liche es in jedem einzelnen Fall, individuell
zu helfen, ob durch Gespräche mit Sozialar-
beitern, rechtliche Aufklärung durch Juris-
ten oder dem Eingreifen der Polizei. „Wir
unterliegen jedoch einer Schweigepflicht,
das heißt, wir geben nichts an andere Stel-
len weiter, wenn dem vom Ratsuchenden
nicht ausdrücklich zugestimmt wurde“,
sagt Isabell Stewen von „pro aktiv gegen
rechts“.

Das solle auch diejenigen ermutigen, die
sich aus Angst, selbst in Gefahr zu geraten,
scheuen eine Beobachtung oder einen Ver-
dacht zu melden. „Den Begriff Behörde ver-
binden viele automatisch mit Polizei. Wich-

tig ist uns aber, dass jeder Betroffene selbst
mitentscheidet, wer zu der Beratung hinzu-
gezogen wird.“

Das Projekt „pro aktiv gegen rechts“ gibt
es als Teil des Bundesprogramms „Kompe-
tent für Demokratie“ in Bremen seit April
2008. Zunächst war das Projekt auf drei
Jahre beschränkt worden. Ab Januar 2011
wird die Initiative nun aber, getragen von
einer Kooperation der Senatorin für Sozia-
les und dem Verein zur Förderung akzep-
tierender Jugendarbeit (VaJa), für weitere
drei Jahre fortgeführt.

„Die Nachfrage für das Beratungsange-
bot ist im Verhältnis zu der Größe des Lan-
des Bremen groß“, sagt Christian Pfeil. „Je-
doch ist die Dunkelziffer wahrscheinlich
noch deutlich höher“. Daher seien die be-
troffenen Fälle, die bei der Beratung be-
treut würden, nicht repräsentativ für die
Anzahl an rechtsextremistischen Vorfällen
im Land Bremen. Dabei betont das Team
von „pro aktiv gegen rechts“, dass das Pro-
blem der Fremdenfeindlichkeit nicht mi-

lieuabhängig sei. Vorfälle gäbe es in allen
gesellschaftlichen Schichten und Stadttei-
len Bremens. So riefen beispielsweise El-
tern an, deren Kind mit rechtsextremen
Gruppen sympathisiert. „Wir beraten aber
beispielsweise auch Vertreter von Institu-
tionen, in denen es rassistische Äußerun-
gen gegeben hat. Die Vorkommnisse von
Rechtsextremismus reichen von Schwach-
hausen bis nach Lesum.“

Mit seinem Beratungsangebot erhofft
sich das Team von „pro aktiv gegen
rechts“, betroffenen Bürgerinnen und Bür-
gern Kompetenzen zu vermitteln, wie sie
mit Rechtsextremismus oder Anzeichen da-
für in ihrem Umfeld umgehen können. Ziel
sei es, die Zivilgesellschaft zu stärken, in-
dem man beispielsweise ein stärkeres Be-
wusstsein in einer Nachbarschaft schaffe
oder Schüler einer Klasse für das Thema
sensibilisiere.

Beratung über Rechtsextremismus gibt es un-
ter pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.bremen.de
oder unter Telefon 361 15672.